



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 46 Postulat Bucher Noëlle und Mit. über die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen zum Thema Klima / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Noëlle Bucher hält an ihrem Postulat fest.

Noëlle Bucher: „Klimaschutz, Gottfried Stutz“, diesen Spruch hat meine fünfjährige Tochter letztes Schuljahr die ganze Zeit skandiert, wenn sie vom Kindergarten nach Hause gekommen ist. Das Jahresthema lautete „Entdecken und Forschen“, der Name ihrer Gruppe „Klimahelden“. Sie weiss jetzt, warum der Alteschgletscher in den letzten Jahren kontinuierlich geschrumpft ist und wirft mir jedes Mal einen bösen Blick zu, wenn ich den Joghurtdeckel in den Abfall werfe statt in die Alusammlung. Der Klimawandel geht uns alle an. Währendem die Erwachsenen wissen oder wissen sollten, was dem Klima guttut oder nicht, sind die Jüngsten nicht nur auf Vorbilder, sondern auch auf die Vermittlung von Wissen angewiesen. Sie denken wahrscheinlich, dass ich das als grüne Politikerin meinem Kind selber beibringen könnte. Das stimmt. Aber es ist eine Tatsache, dass nicht alle Kinder zu Hause für den Klimaschutz sensibilisiert werden. Wo kann die Wissensvermittlung besser stattfinden als in der Volksschule? Gemäss Lehrplan 21 müssen die Lernenden die Kompetenz erlangen, sich über den Klimawandel zu informieren, Ursachen zu erläutern und Auswirkungen des Klimawandels einzuschätzen. Zudem sollten sie in der Lage sein, Beiträge zur Begrenzung des Klimawandels formulieren zu können. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass den Lernenden nicht nur Theorie vermittelt, sondern – ganz im Sinn der Kompetenzorientierung, die mit dem Lehrplan 21 angestrebt wird – das Thema auch praktisch angegangen wird. Es freut uns deshalb, dass es im Kanton Luzern schon zahlreiche Klassen und Schulhäuser gibt, die ihre Lernenden ausreichend sensibilisieren. Das reicht aber nicht. Unser Klima hat es verdient, dass ihm innerhalb des Lehrplans 21 ein besonderes Gewicht beigemessen wird. Darum erachten wir es als angemessen, am Postulat festzuhalten.

Christine Kaufmann-Wolf: Die Postulantin wünscht eine aktive Sensibilisierung aller Lernenden für den Klimaschutz. Auch wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass alle Lernenden, und zwar über alle Stufen hinweg, für das Thema Klimaschutz sensibilisiert und stufengerecht geschult werden. Dabei ist es für uns zentral, dass alle Schülerinnen und Schüler lernen, wie mit beschränkten Ressourcen umzugehen ist, was Nachhaltigkeit bedeutet, und dass sie sich der Problematik und der Auswirkungen bewusst werden. Mit der vorliegenden Stellungnahme zeigt der Regierungsrat eindrücklich auf, wie die Lernenden in unserem Kanton geschult werden. Der aufgezeigte Unterrichtsstoff lässt hoffen, dass die Erwachsenen in Zukunft wirklich sensibilisiert werden und sich bewusster verhalten. Die CVP-Fraktion geht aber mit der Regierung darin einig, dass die vorliegende Forderung bereits erfüllt ist. Nur aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab.

Gaudenz Zemp: Die Postulantin fordert eine Sensibilisierung der Lernenden bezüglich des Klimawandels. Die Regierung führt in ihrer Stellungnahme aus, dass das bereits umfassend und stufengerecht gemacht werde sowohl in den Volksschulen und den Berufsfachschulen als auch an den Gymnasien. Das Postulat formuliert ein Anliegen, das bereits erfüllt ist. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab. Für die FDP ist in diesem Zusammenhang aber etwas anderes wichtig: Die Bekämpfung des Klimawandels ist immer unter drei Aspekten zu betrachten, dem ökologischen, dem ökonomischen und dem sozialen. Um uns die nötigen Innovationen und Investitionen leisten zu können, braucht es eine florierende Wirtschaft. Massnahmen müssen in einer Demokratie immer von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden. Die Postulantin erwähnt die Klimademonstrationen der Schüler. Wenn ich das sehe, habe ich manchmal den Eindruck, dass diese Kinder nicht nur ökologisch sensibilisiert werden müssten, vielmehr sollte das Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und das politische System der direkten Demokratie geschult werden. Insbesondere das Verständnis für die nötigen, mühsamen und langen Prozesse fehlt teilweise komplett. Wie schwierig es ist, Mehrheiten zu schaffen, mussten die Klimaaktivisten selber realisieren, als sie sich in Lausanne auf eine gemeinsame Strategie einigen wollten. Für viele war es dabei ernüchternd zu erkennen, dass der Mensch ein schwieriges Wesen ist und es harte Knochenarbeit braucht, um Mehrheiten zu schaffen. Die nötige politische Schulung und Kenntnisse der direkten Demokratie fehlen in der Schule manchmal mehr als die ökologische Sensibilisierung. Die FDP hat deshalb zusammen mit vielen Mitunterzeichnenden ein Postulat über die politische Schulung an den Schulen eingereicht.

Bernhard Steiner: § 3 des Gesetzes über die Volksschulbildung lautet: „Die öffentliche Volksschule ist politisch und konfessionell neutral.“ Der von Menschen gemachte Klimawandel ist das grosse Wahlthema der links-grünen Parteien, aber auch zunehmend der Mitteparteien. Nicht alle haben die gleiche Stossrichtung, und es gibt immer verschiedene Ansichten, wie etwas beurteilt werden kann. Das müsste auch im Unterricht zum Tragen kommen. Man könnte in der Schule beispielsweise über die mediale Dauerberieslung zum Powerplay gegen unsere persönlichen Freiheiten oder die Errungenschaften der westlichen Kultur sprechen. Dabei wird gefordert, dass sich die Gesellschaft wandeln und der Ersatzreligion der Klimaheiligen huldigen soll. Der motorisierte Verkehr wird öffentlich an den Pranger gestellt, und 100 000 neuwertige Dieselaautos werden statt aus dem Verkehr gezogen, auf einen Schrottplatz gestellt oder nach Osteuropa oder Afrika exportiert. Die Grünen fordern bereits eine Ein-Kind-Familie oder den Fleischkonsum massiv zu reduzieren oder gar zu verbieten. Die CO₂-Steuer kann man aus unserer Sicht auch als Ablasshandel ansehen, die menschengemachte Erwärmung kann dadurch aber nicht reduziert werden, wie es eine Gruppe von Nobelpreisträgern in einer viel oder doch wenig beachteten Studie klar kritisiert hat. Hunderte von Milliarden Schweizer Franken werden weltweit ausgegeben, um den medial inszenierten Schreckensszenarien begegnen zu können. Das ist eine Unmenge Geld, mit dem man Millionen von Menschen vor Infektionskrankheiten und dem Hungertod bewahren könnte. In der Wissenschaft gibt es keinen Konsens. Die Wissenschaft stellt per se alles infrage, nur so konnte sie sich über die letzten Jahrhunderte entwickeln. Was Sie wollen, ist ein politischer Konsens, eine uniforme Gleichschaltung, ein bedingungsloses Zustimmung und Abnicken. Aber dazu reicht es nicht, Personen mit einer kritischen Haltung zum Klimawandel als Klimaleugner abzustrafen. Lassen Sie uns wissenschaftliche und politische Diskussionen führen und demokratische Entscheide fällen. Dazu aber – wie im Postulat beschrieben – die Kinder oder über die Kinder sogar die Eltern mit dieser Idee zu indoktrinieren, ist eine Forderung, die in die Propagandaministerien des kommunistischen Ostblocks gehört. Wir erziehen unserer Kinder selber. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Angelina Spörri: Seit den durch die junge Klimaaktivistin Greta Thunberg ins Leben gerufenen „Fridays for Future“-Schulstreiks sind Gross und Klein, Alt und Jung sensibilisiert worden. Gerade die jungen Menschen lassen sich aktuell sehr begeistern und diskutieren bei den Themen Klima und Umweltschutz rege mit. Auch die Schulen hat dieses Thema

gepackt, und es wird auf allen Stufen bearbeitet und war ja auch schon vorher Bestandteil des Schulstoffes. Meinen neunjährigen Sohn muss ich manchmal fast etwas bremsen, wenn er mir erzählt, dass er jedes Gspändli belehrt, es sei vielleicht nicht so schlau, im März Erdbeeren zu essen, das habe man doch gerade im Unterricht gelernt. Wir sind der Meinung, die Kinder und Jugendlichen machen das absolut richtig, und sie sind bereits gut sensibilisiert. Schlechter bestellt ist es eher um die Erwachsenen, diese haben oft wenig Gehör und sollten noch mehr darauf aufmerksam gemacht werden. Doch auch hier machen Greta und Co. tolle Arbeit und reden, schreiben oder rufen ins Gewissen. Wir hoffen, dass früher oder später bei allen etwas hängen bleibt. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Helene Meyer-Jenni: Die Klimathematik steht in einem multi-thematischen Zusammenhang. Die SP-Fraktion kann die Begründung, dass das Postulat wegen Erfüllung abgelehnt werden kann – mit dem Hinweis auf die Vorgaben des Lehrplans 21 –, ein Stück weit nachvollziehen. Diese Begründung reicht uns aber nicht aus. Gerade weil es um eine multi-thematische Betrachtung der Situation geht und weil genau dort, wo die Lehrpersonen die Thematik vernetzt in anderen Bereichen wie Ökonomie, politische Bildung oder gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen, ist es wichtig, dranzubleiben. Die Sensibilisierung bezieht sich nicht nur auf die Lernenden, sondern wird auch von den Lehrpersonen gefordert. In diesem Sinn unterstützen wir die Postulantin überzeugt. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Räto B. Camenisch: Die Klimadiskussion ist über verschiedene Generationen zu einer eigentlichen Modediskussion geworden. Mit Jugendlichen zu arbeiten ist durchaus sinnvoll. Aber lassen wir die Kinder doch Kinder sein. Es ist nicht nötig, dass wir Kinder mit den Problemen der Welt direkt konfrontieren, und dass das sogar noch der Staat machen soll, schlägt dem Fass den Boden aus. Das ist der falsche Ansatz. Wir müssen das Thema ernst nehmen; wie die Regierung erklärt, wird dies mit dem Lehrplan 21 schon getan. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Im Lehrplan 21 sind diverse Module zum Thema Klima vorgesehen. Ich bin damit einverstanden, dass es noch eine Verknüpfung braucht. Aber das kann man nicht befehlen, sondern es muss sich entwickeln. Die Tochter der Postulantin wurde ja bereits im Kindergarten für das Thema sensibilisiert, es scheint also zu funktionieren. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 74 zu 30 Stimmen ab.